

## **Aktionsmail von „Köln kann auch anders“ vom 17.11.09**

**An die Fraktionen der demokratischen Parteien und Einzelmandatsträger im Rat der Stadt Köln. Zur Kenntnisnahme an die Lokalredaktionen von Kölner Stadtanzeiger und Kölnischer Rundschau**

Sehr geehrte Damen und Herren,

in seiner Sitzung am 19.11.09 entscheidet der Rat der Stadt Köln über die Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern in zahlreiche städtische Gesellschaften, darunter die KVB, die Abfallwirtschaftsbetriebe, die Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK) und die KölnMesse GmbH. Wie der Journalist Frank Überall am Montagmorgen auf WDR2 berichtete, ist der ehemalige Oberbürgermeister Fritz Schramma dabei als „externer Experte“ für den Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden der KölnMesse GmbH im Gespräch.

Wir sehen darin ein Signal in die falsche Richtung. Schließlich hat Fritz Schramma in seiner Funktion als Oberbürgermeister UND damaliger Aufsichtsratsvorsitzender der KölnMesse GmbH den Eindruck hinterlassen, dass er mit der Wahrung der Interessen der Bürger überfordert ist. Die unter seiner Verantwortung beim Bau der Messehallen getroffenen Entscheidungen kosten die Bürger dieser Stadt heute und in Zukunft viele hundert Millionen Euro, die dem Haushalt an anderer Stelle schmerzlich fehlen.

Wir halten stattdessen ein Umdenken im Sinne des Verantwortungsbewusstseins für das Gemeinwohl für dringend erforderlich. Der Rat ist die Vertretung der Kölner Bürger. Die von ihm in die Aufsichtsräte von Unternehmen entsandten Vertreter können keine andere Aufgabe haben, als die Interessen der Bürger und der Stadt als Ganzes zu wahren und zu schützen. Gerade bei KVB, Abfallwirtschaftsbetrieben, HGK und KölnMesse zeigen die Erfahrungen der Vergangenheit: Wenn diese Aufsichtspflicht im Interesse der Bürger ungenügend wahrgenommen wird, sind Entwicklungen zum Schaden unserer Stadt, ihrer politischen Kultur und ihres bundesweiten Ansehens vorgezeichnet. Das trifft uns alle.

Wir fordern daher die Mitglieder des Rates auf, vor der Vergabe der Aufsichtsratsposten für diese und alle anderen städtischen Gesellschaften über die mit den Mandaten verbundenen Inhalte und Aufgaben zu diskutieren. Es darf keine Person vom Rat in einen Aufsichtsrat entsandt werden, ohne zuvor mit klaren Aussagen zu Protokoll zu geben, wie sie in ihrer Funktion Schaden von den Bürgern und unserer Stadt abwenden will. Diese wichtigen Funktionen dürfen nicht wie bislang nach Parteienproporz und Gefälligkeit vergeben werden. Und erst Recht nicht an ehemalige politische Funktionsträger, die wiederholt versäumt haben, Schaden von der Stadt abzuwenden.